

## Protokoll über die 36. öffentliche Sitzung des Stadtrates der Stadt Garching b. München am 20.05.2010

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 20.05.2010
<b>Sitzungsbeginn:</b>	19:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:10 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Ratssaal, 85748 Garching b. München, Rathausplatz 3

---

Alle Mitglieder waren ordnungsgemäß geladen, erschienen sind nachfolgende Mitglieder, also mehr als die Hälfte:

**Vorsitzende:** Hannelore Gabor, Erste Bürgermeisterin

<b>Stadträte:</b>	<b>anwesend</b>	<b>entschuldigt</b>	<b>unentsch.</b>	<b>Bemerkung</b>
Braun Götz Dr.	x			
Gruchmann Dietmar Dr.	x			
Karl Jochen	x			
Krause Joachim Dr.		x		
Landmann Werner	x			
Naisar Rudolf	x			
Schmidt Sylvia	x			
Biersack Albert	x			
Fröhler Norbert	x			
Kick Manfred	x			
Kink Josef	x			
Neuhauser Wolfgang		x		
Ostler Albert		x		
Behler Henrika	x			
Euringer Josef	x			
Kraft Alfons	x			
Tremmel Martin		x		
Baierl Florian	x			
Kratzl Walter	x			
Grünwald Harald	x			
Riedl Peter	x			
Adolf Hans-Peter Dr.	x			
Wundrak Ingrid		x		
Hütter Ernst	x			

Von der Verwaltung sind anwesend:

Amtsleitung: Herr Weichbrodt  
Geschäftsbereich I:  
Geschäftsbereich II: Frau Knott  
Geschäftsbereich III: Herr Janich bis 19:40 Uhr

Von der Presse sind anwesend:

MM: Nico Bauer  
SZ:

Weitere Anwesende:

Frau Arantxa Dörrié  
Frau Sabine Perzl

---

Bgmin. Hannelore Gabor  
Vorsitzende

---

Hans-Martin Weichbrodt  
Schriftführer

### **- Tagesordnungspunkte -**

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und heißt alle Anwesenden einschließlich der Zuhörer sowie die Vertreter der örtlichen Presse herzlich willkommen.

Mit der Ladung und der Tagesordnung besteht Einverständnis. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

#### Öffentlicher Teil

- 1 Bürgerfragestunde
- 2 Bedarfsanerkennung Krippenplätze im neuen Kinderhaus
- 3 Verweisung der Jahresrechnung 2009 zur örtlichen Prüfung
- 4 Vorstellung der Ideen im Rahmen der Bürgerbeteiligung für die Gestaltung des Freizeit- und Erholungsparkes
- 5 Stellungnahme der Stadt Garching zur Fortschreibung des Regionalplans
- 6 Mitteilungen aus der Verwaltung
- 7 Sonstiges; Anträge und Anfragen

**Protokoll:**

**TOP 1 Bürgerfragestunde**

---

Keine Anfragen

## **TOP 2 Bedarfsanerkennung Krippenplätze im neuen Kinderhaus**

---

### **I. Sachvortrag:**

Der Stadtrat hat auf seiner Sitzung am 20.10.2009 der Errichtung eines Kinderhauses mit 6 Gruppen in der geänderten Aufteilung (jeweils 2 Gruppen Krippe, Kindergarten und Hort) zugestimmt. Für den Bereich der Kinderkrippen wurden weitere 12 Plätze (insgesamt 24) für Garching als bedarfsnotwendig anerkannt.

In der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschuss vom 23.03.2010 wurde eine abgeänderte Planung (ohne Keller) beschlossen. Die Kosten für das Kinderhaus würden bei ca. 3.950.000 € brutto liegen.

Durch die Vorgaben der Planung, das Kinderhaus multifunktional zu gestalten (d.h. die Räume je nach Bedarf für Krippe, Kindergarten und Hort zu nutzen) sind die Krippenräume „etwas zu groß“ geraten.

In Absprache mit dem Kreisjugendamt wird daher vorgeschlagen, im Kinderhaus für den Bereich der Kinderkrippe weitere 12 Plätze (insgesamt dann 36) für Garching als bedarfsnotwendig anzuerkennen. Diese können problemlos in den geplanten Räumen untergebracht werden. Für die Stadt Garching ist dadurch eine höhere staatliche Förderung möglich, die die Mehrkosten der abgeänderten Planung teilweise kompensiert.

### **II. Einstimmiger Beschluss (20):**

Der Stadtrat beschließt wie folgt:

Für den Bereich der Kinderkrippen im neuen Kinderhaus werden weitere 12 Plätze (insgesamt 36) für Garching als bedarfsnotwendig anerkannt.

## TOP 3 Verweisung der Jahresrechnung 2009 zur örtlichen Prüfung

---

### I. Sachvortrag:

Die Gesamt-Einnahmen und Ausgaben verminderten sich bei der Jahresrechnung gegenüber dem (Nachtrags-)Haushaltsplan um ca. 5.232.500 €, das sind ca. 10 %.

Die Einnahmen des Verwaltungshaushalts waren um ca. 418.000 € höher als veranschlagt (ca. 0,7 %). Die Steuereinnahmen entsprachen im Wesentlichen den im 2. Nachtragshaushalt angepassten Ansätzen. Dagegen bleibt die Vorsteuererstattung aus dem U-Bahn-Bau um ca. 36.300 € unter dem Haushaltsansatz, da beim U-Bahn-Bau 2009 weniger Kosten abgerechnet wurden als veranschlagt. Bei den Einnahmen (und Ausgaben) aus der Verrechnung von Bauhofleistungen fielen ca. 472 T€ mehr an als veranschlagt. Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb waren ca. 291 T€ niedriger als geplant. Davon entfielen ca. 172 T€ auf geringere Zuweisungen des Landes für Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Kasseneinnahmereste des Verwaltungshaushalts belaufen sich auf 1.872.456,12 € (davon 1.430.192,03 € bei der Gewerbesteuer, ca. 335.000 € mehr als im Vorjahr).

Die Ausgaben des Verwaltungshaushalt (ohne Zuführung an den Vermögenshaushalt) lagen bei den Personalkosten ca. 306 T€ unter dem Ansatz. An laufenden Zuschüssen und Zuweisungen wurden ca. 226T€ weniger ausgegeben als geplant, davon ca. 46 T€ an Betriebskostenzuschüssen für Kindereinrichtungen anderer Träger und ca. 95 T€ für Sportförderung (keinen neuen Sportförderrichtlinien). Für den Gebäude- und Grundstücksunterhalt wurden ca. 55 T€ weniger ausgegeben werden als geplant. Für die Bewirtschaftung der städtischen Grundstücke und Gebäude mussten ca. 171 T€ weniger ausgegeben werden als geplant. Davon entfiel ca. 84 T€ auf Einsparungen bei den Heizkosten wegen des milden Winters. Auch beim Winterdienst konnten dadurch ca. 21 T€ eingespart werden. Für die Betriebskosten U-Bahn wurden ca.12 T€ weniger benötigt als geplant, bei den sonstigen Geschäftsausgaben ca. 446 T€.

Nach der KommHV sind die im Verwaltungshaushalt zur Deckung der Ausgaben nicht benötigten Einnahmen dem Vermögenshaushalt zuzuführen. Die Zuführung muss mindestens so hoch sein, dass damit Kreditbeschaffungskosten und die ordentliche Tilgung gedeckt werden. Nach dem Haushaltsplan war eine Zuführung von 3.406.600 € vorgesehen (ohne Zuführung zur Sonderrücklage U-Bahn). Zugeführt wurden tatsächlich 4.687.203,82 €, das sind ca. 1,28 Mio. € mehr. Die Mindestzuführung hätte rd. 147.400 € betragen und wurde somit deutlich überschritten.

Die Einnahmen des Vermögenshaushalts vermindern sich um ca. 5,5 Mio. € (ca. 30 %), zum Teil bedingt durch weniger Investitionszuschüssen (ca. 3,9 Mio. €) wegen Rückforderung zu viel gezahlter Zuschüsse bei der Abrechnung des U-Bahn-Baus. Daneben wurden weniger Grundstücksverkäufe (ca. 40 T€) getätigt und es gab Minderreinnahmen bei Beiträgen und ähnlichen Entgelten (ca. 0,627 Mio. €), davon 527 T€ Erschließungsbeiträge (2010 neu veranschlagt). Dagegen steht eine Überschreitung des Ansatzes bei der genannten Zuführung an den Vermögenshaushalt von ca. 1,28 Mio. €. Und es mussten ca. 1,5 Mio. € weniger aus der allgemeinen Rücklage entnommen werden als geplant.

Die Ausgaben des Vermögenshaushalt reduzieren sich beim Grunderwerb um ca. 59.000 €, im Hochbau um ca. 1,13 Mio. € (u.a. da für das Gesindehaus 2009 keine Reste gebildet wurden) und im Tiefbau (ohne U-Bahn) um ca. 1.100.000 € gegenüber den Ansätzen. Beim U-Bahn-Bau wurden vor allem durch den Abgang von Haushaltsresten ca. 2,85 Mio. € weniger ausgegeben als geplant.

Beim Jahresabschluss 2009 wurden Haushaltseinnahmereste in Höhe von 7.321.900 € und Haushaltsausgabereste in Höhe von 8.947.194,88 € neu gebildet sowie alte Haushaltseinnahmereste in Höhe von 4.776.931,83 € und Haushaltsausgabereste in Höhe von 3.248.663,60 € in Abgang gebracht. Hauptursache für die hohen neuen Haushaltsreste ist die Verzögerung bei der Umsetzung geplanter Maßnahmen (z.B. Kinderhaus, Sporthalle, Ausbau B471). Für ein Darlehen an die EWG wurde ein Haushaltsrest in Höhe von 1,6 Mio. € gebildet. Das Geld wurde inzwischen durch die EWG abgerufen.

Eine Übersicht aller neu gebildeten bzw. in Abgang gebrachten Haushaltsreste ist in der Anlage beigefügt.

Im Ergebnis der Jahresrechnung müssen noch 2 überplanmäßige Ausgaben über 15.000 € genehmigt werden:

Bei der Sanierung der Grund- und Hauptschule wurden die Baukosten 2009 (2.21300.94000) um 99.555,72 € überzogen. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Minderausgaben bei den Planungskosten (2.21300.94900).

Im Vermögenshaushalt wurden bei der HHSt. 2.06800.93600 (EDV-Beschaffungen Rathaus) wegen notwendiger Ersatzbeschaffungen 19.214,97 € mehr ausgegeben als geplant. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Minderausgaben bei den nichtzuwendungsfähigen Kosten U-Bahn (2.82300.95900).

Im Ergebnis der Jahresrechnung 2009 müssen nur 1.914.142,02 € der allgemeinen Rücklage entnommen werden. Ursprünglich geplant waren 3.417.200 Mio. €. Bei der Haushaltsplanaufstellung 2010 war von einer Rücklagenentnahme in Höhe von 2,38 Mio. € ausgegangen worden.

Außerdem können 489.088,72 € der Sonderrücklage U-Bahn zugeführt werden.

## Haushaltsrechnung für das Jahr 2009

### Feststellung des Ergebnisses

Bezeichnung		Verwaltungshaushalt €	Vermögenshaushalt €	Gesamt €
1	2	3	4	5
1.	Soll-Einnahmen *)	35.232.757,10	10.420.095,18	45.652.852,28
2.	+ Neue Haushaltseinnahmereste	-	7.321.900,00	7.321.900,00
3.	./. Abgang alte Haushaltseinnahmereste	-	4.776.931,83	4.776.931,83
4.	./. Abgang alte Kasseinnahmereste	148.088,20	1.287,12	149.375,32
<b>5.</b>	<b>Summe bereinigte Soll-Einnahmen</b>	<b>35.084.668,90</b>	<b>12.963.776,23</b>	<b>48.048.445,13</b>
6.	Soll-Ausgaben *)	35.084.673,90	7.265.244,95	42.349.918,85
7.	+ Neue Haushaltsausgabereste	0,00	8.947.194,88	8.947.194,88
8.	./. Abgang alte Haushaltsausgabereste	0,00	3.248.663,60	3.248.663,60
9.	./. Abgang alte Kassenausgabereste	5,00	0,00	5,00
<b>10.</b>	<b>Summe bereinigter Soll-Ausgaben</b>	<b>35.084.668,90</b>	<b>12.963.776,23</b>	<b>48.048.445,13</b>
<b>11.</b>	<b>Ausgleich</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

**\*) Nachrichtlich:**

**In den SOLL-Einnahmen und -Ausgaben sind enthalten:**

1) Zuführung zum Vermögenshaushalt	4.687.203,82 €
2) Zuführung an den Verwaltungshaushalt	0,00 €
3) Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage	1.914.142,02 €
4) Zuführung an die Allgemeine Rücklage	0,00 €
davon Überschuss nach § 79 Abs. 3 Satz 2 KommHV	0,00 €
5) Zuführung an die Sonderrücklage U-Bahn	489.088,72 €



**II. Einstimmiger Beschluss (20):**

Der Stadtrat nimmt die Jahresrechnung 2009 einstimmig an, verweist sie an den Rechnungsprüfungsausschuss zur örtlichen Prüfung und nimmt die neuen Haushaltsausgaberes- te in Höhe von insgesamt 8.947.194,88 € und die neuen Haushaltseinnahmereste in Höhe von insgesamt 7.321.900,00 € an.

Der Stadtrat genehmigt die überplanmäßigen Ausgaben gemäß Sachvortrag.

## **TOP 4 Vorstellung der Ideen im Rahmen der Bürgerbeteiligung für die Gestaltung des Freizeit- und Erholungsparkes**

---

### **I. Sachvortrag:**

Mit Schreiben vom 03.03.2010 hat Erste Bürgermeisterin Gabor die Schulen, Kindergärten und Horte sowie die Agenda 21, BUND, Seniorenbeirat, Integrationsbeirat, die Jugendhäuser und den DAV angeschrieben und sie zur Teilnahme am Ideenwettbewerb „Freizeit- und Erholungspark“ eingeladen.

Parallel hierzu sind alle Bürgerinnen und Bürger über Pressemitteilungen auf die Teilnahme am Wettbewerb aufmerksam gemacht worden.

Der Wettbewerb hat die im beiliegenden Plan gelb umrandete Fläche umfasst. Die Zufahrtsstraße zum Bohrloch TH2 konnte in Abstimmung mit der EWG nach Norden verschoben werden. Diese verläuft nun mit ca. 4 m Abstand von der südlichen Grundstücksgrenze des Aussiedlerhofes am Hüterweg. Die EWG hat ihre Vor- und Rücklaufleitung in den Bereich der künftigen Zufahrtsstraße verlegt.

Als Anlage liegt dem Sachvortrag der Flächenumriss geplanter Park, eine Auflistung der Vorschläge sowie eine quantitative Übersicht über die einzelnen Nennungen bei.

Des Weiteren sind folgende Stellungnahmen der Beschlussvorlage beigefügt:

Agenda 21  
Bürger für Garching  
DAV  
SPD

In einigen Vorschlägen wird eine öffentliche WC-Anlage, die sich am Bohrplatz TH2 befinden sollte. Die EWG wird am Bohrplatz TH2 nur technische Gebäude erstellen. Daher muss die WC-Anlage – sofern sie gewünscht ist - außerhalb des Bohrplatzgeländes errichtet werden.

Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung sollen in die Ausschreibung eines Landschaftsarchitektenwettbewerbes münden. Die Verwaltung schlägt vor, den Flächenumfang der Nichtbebaubarkeit durch die U-Bahn als Verbindungsachse zu nehmen und diese Fläche mit in den Wettbewerb zu integrieren.

Die Verbindung zu den Isarauen sowie die Einbindung des Wiesäckerbaches sollen in die Ausschreibung ebenfalls mit aufgenommen werden.

Die eingegangenen Wettbewerbsbeiträge sind im Foyer vor dem Ratssaal ausgestellt.

Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise:

Die Verwaltung erarbeitet aus den Ergebnissen der Bürgerbeteiligung eine Wettbewerbsausschreibung. Dabei wird die Anzahl der Nennungen als Grundlage für die Setzung der Prioritäten herangezogen.

Aus Sicht der Verwaltung sollten folgende Punkte nicht berücksichtigt werden:

- Streichelzoo
- Zeltplatz
- Achterbahn
- Modellanlage für Elektroboote
- Unterirdischer Gang

Fraglich sind aus Sicht der Verwaltung folgende Vorschläge:

1. Hundespielwiese – Nutzungskonflikte
2. Lehwegwächshaus – sollen in dem Park Gebäude errichtet werden?

Zu letzterem ist anzumerken, dass die Nennung eines Cafés, Grillhütte und Eisdielen mehrfach genannt ist.

Nachdem auch das Grillen am Garchingener See oft mit Konflikten und Müll verbunden ist und der Obstgarten auch noch zum Feiern und Grillen zur Verfügung steht, ist aus Sicht der Verwaltung zu klären, ob eine weitere Grillmöglichkeit gewünscht wird.

Aus Sicht der Verwaltung sollte der Sachverhalt zunächst an die Fraktionen verwiesen werden.

Im Oktober/November 2010 könnte dann von Seiten der Verwaltung die Ausschreibung für einen entsprechenden Landschaftsarchitektenwettbewerb vorbereitet werden.

## **II. Kenntnisname (20):**

Der Stadtrat nimmt den Beschlussantrag zur Kenntnis.

Anmerkung StR Biersack:

Die Verwaltung soll Überlegungen anstellen, ob der Ortspark evt. als Ausgleichsfläche gesehen werden kann.

Anmerkung StR Kraft:

Der Zufahrtsweg zum Bürgerpark soll nicht versiegelt sein.

## **TOP 5    Stellungnahme der Stadt Garching zur Fortschreibung des Regionalplans**

---

### **I. Sachvortrag:**

Der Regionale Planungsverband München beabsichtigt die Fortschreibung der Planungsgrundlage für folgende Bereiche:

Siedlung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen – Neufassung  
Siedlungswesen – Änderungen und Ergänzungen  
Festlegung und Entwicklung von Erholungsgebieten – Neufassung

Die Stadt Garching hat bis zum 15.06.2010 Zeit, ihre Stellungnahme abzugeben.

Allgemeine Anmerkungen:

Die Stadt Garching liegt innerhalb folgender regionaler Grünzüge:

Isartal  
Grüngürtel München-Nord / Heideflächen und Trockenwälder

Als überörtliche Erholungseinrichtung wird der Garchinger See aufgeführt. Als Erholungsraum das Isartal sowie der Moos- und Heidegürtel nördlich der Landeshauptstadt München zwischen Ober- und Unterschleißheim, Eching und Garching.

In Garching werden keine weiteren Vorranggebiete ausgewiesen.

Im Rahmen des Anhörungsverfahrens nimmt die Stadt Garching wie folgt Stellung:

Die Fläche zwischen dem U-Bahnhof Garching-Hochbrück und der A9 sowie im Süden von der Gemarkungsgrenze zur LHM bis zum Garchinger See im Norden ist als landschaftliches Vorbehaltsgebiet ausgewiesen. Dies widerspricht der von der Stadt Garching anvisierten Weiterführung der Umgehungsstraße. Auch eine gewerbliche Entwicklung in der Vorbehaltsfläche wäre möglicherweise nur erschwert zu realisieren. Daher soll diese Fläche südlich der B471 bis zur Gemarkungsgrenze zur LHM weiß dargestellt werden

Der regionale Grünzug verläuft auf der Gemarkung Garching bis auf das Gewerbegebiet sowie die Ortsbebauung und dem Forschungszentrum. Dirnismaning und die derzeitige Bundeswehrfläche liegen mitten im regionalen Grünzug. An der B13 beginnt der regionale Grünzug nördlich angrenzend zum geplanten Biomasseheizwerk.

Die Stadt Garching fordert, dass der regionale Grünzug weder die gewerbliche Entwicklung des Bundeswehrgeländes, noch dem Bau des Biomasseheizwerkes sowie der Realisierung der Weiterführung der Umgehungsstraße ausschließt.

Allgemein merkt die Stadt Garching folgende Punkte zum Regionalplan an:

Die jetzige Bundeswehrfläche ist im Regionalplan als Wohnbaufläche, gemischte Baufläche und Sonderbaufläche ausgewiesen. Die Stadt Garching beabsichtigt, diese Fläche gewerblich zu entwickeln.

Für das Hochschul- und Forschungszentrum soll westlich der B 11 eine Erweiterungsfläche dargestellt werden.

Der Planungs- und Umweltausschuss hat keinen Beschluss gefasst.

**II Mehrheitlicher Beschluss (19:1 (Bündnis 90 / Die Grünen):**

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich, die Stellungnahme wie im Sachvortrag ausgeführt, abzugeben.

## **TOP 6    Mitteilungen aus der Verwaltung**

---

Herr Weichbrodt gibt bekannt, dass die StR Sitzung am 21.10.2010 um 18.00 Uhr mit vorheriger Besichtigung der Olympia Schießanlage stattfindet.

Adresse: **Großer Sitzungssaal in der  
Geschäftsstelle des Bayerischen Sportschützenbundes e.V.  
Ingolstädter Landstraße 110  
85748 Garching-Hochbrück**

Einladungen werden noch gesondert zugestellt.

## **TOP 7    Sonstiges; Anträge und Anfragen**

---

Es liegen keine Anträge und Anfragen vor.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, bedankt sich die Vorsitzende bei allen Anwesenden und beendet um 20:10 Uhr die öffentliche Sitzung.

---

Bgmin. Hannelore Gabor  
Vorsitzende

---

Hans-Martin Weichbrodt  
Schriftführer

Verteiler:

SPD-Fraktion  
CSU-Fraktion  
BfG-Fraktion  
Unabhängige Garchinger  
Bündnis 90/Die Grünen  
FDP

Dr. Dietmar Gruchmann  
Albert Biersack  
Henrika Behler  
Peter Riedl  
Ingrid Wundrak  
Ernst Hütter

Amtsleitung  
Geschäftsbereich I  
Geschäftsbereich II  
Geschäftsbereich III

Hans-Martin Weichbrodt  
Helmuth Kammerer  
Klaus Zettl  
Heiko Janich

**Genehmigungsvermerk:**

Die Niederschrift gilt gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als vom Stadtrat genehmigt.

Sitzung, bei der das Protokoll ausliegt: \_\_\_\_\_

Schriftführer/in: